

Interview mit der japanischen Zeitung Nikkei
erschienen am 24. April 2016

AfD – Warum hatte die AfD solchen Erfolg bei den Landtagswahlen in Deutschland?

Die Flüchtlingskrise hat vielen Menschen in unserem Land Sorge bereitet. Die AfD wusste diese Sorge für sich zu nutzen, indem sie einfache Lösungen versprach. Ähnliche Tendenzen sehen wir in osteuropäischen Ländern – Ungarn, Polen oder in Frankreich. Inzwischen aber zeichnet sich ab, wie Europa die Flüchtlingskrise bewältigen kann, indem Außengrenzen gesichert werden, indem die Türkei als Partner genutzt wird und Flüchtlinge in der Nähe ihrer Herkunftsländer besser betreut werden. Das wird Einfluss auf die Zustimmungswerte zur AfD haben. Bei hoher Wahlbeteiligung haben allerdings über 85 Prozent die Parteien gewählt, die Flüchtlingen helfen und sehr differenziert mit der Herausforderung umgehen.

Neue ergänzende Frage: Wie beurteilen Sie das Türkei-Modell von Frau Merkel, das gerade in Kraft getreten ist?

Dies ist der richtige Ansatz, um Flüchtlingsströme zu reduzieren und gleichzeitig Flüchtlingen sichere Wege nach Europa zu ermöglichen. Das Risiko, sein Leben bei der Überfahrt nach Griechenland zu riskieren, ist ausgeschaltet, wenn man davon ausgehen muss, schnell zurückgeschickt zu werden. Viele werden nun lieber in der Türkei einen legalen Weg nach Europa suchen, vor allem, wenn sich gleichzeitig die Bedingungen für Flüchtlinge in der Türkei verbessern.

Warum gibt es keine Obergrenze, um den Zustrom zu verringern?

Eine schlichte Obergrenze lässt sich nicht mit der Verfassung in Einklang bringen. Dennoch müssen die Flüchtlingszahlen nachhaltig reduziert werden. Europa kann einen anhaltend großen Zustrom wie im vergangenen Jahr nicht dauerhaft verkraften.

Wir möchten die Menschen, die zu uns gekommen sind, in unsere Gesellschaft integrieren. Wir vermitteln ihnen unsere Werte und lehren ihnen unserer Sprache. Viele, die in der Vergangenheit zeitweilig als Flüchtlinge in Deutschland waren, sind danach auch in ihre Heimatländer zurückgekehrt, aber dauerhafte Freunde Deutschlands geblieben.

Was kann Europa und im besonderen Deutschland machen, um die Flüchtlinge hier besser zu integrieren? Brauchen wir hierfür mehr finanzielle Mittel als bisher dafür eingeplant?

Die Betreuung in Kindergärten und Schulen, Sprachunterricht, die berufliche Eingliederung und der Wohnungsbau erfordern eine große Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden. Es ist eine Investition in die Zukunft und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Warum sind Sie nicht gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aufgrund der hohen Zahlen? Sehen Sie in der Bevölkerung hier immer noch ausreichend Toleranz?

Weltweit sagen die Experten für Integration, dass es einerseits Weltoffenheit und andererseits klare Transparenz und Regeln zum Volumen der Zuwanderung geben muss, um die Akzeptanz der Bevölkerung sicher zu stellen. Da können wir von den USA, Australien oder Kanada viel lernen. Europa muss den Zustrom verringern und die Lasten teilen.

Ich glaube, wir Deutschen haben in den letzten Jahrzehnten erkannt, was wir Zuwanderern auch zu verdanken haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte sich unsere Wirtschaft nicht so dynamisch entwickeln können, wenn nicht viele Migranten aus Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und der Türkei nach Deutschland gekommen wären.

Oder denken Sie an die deutsche Fußballnationalmannschaft. Ohne Mesut Özil, Jerome Boateng oder Sami Khedira wäre sie wohl nicht Weltmeister geworden. Der deutsche Bundestrainer hat gesagt, die Herkunft sei nicht wichtig, so lange wir eine Sprache sprechen, uns an gemeinsame Regeln halten und ein gemeinsames Ziel haben. Das ist entscheidend. Gleichstellung von Mann und Frau, Minderheitenschutz, Religionsfreiheit und Pressefreiheit – das zeichnet Deutschland heute aus. Diese Werte sind von jedem zu respektieren. Herkunft, Aussehen, Geschlecht dürfen keine Rolle spielen. Bei klaren Regeln und Transparenz ist eine gewisse geordnete Zuwanderung auch für uns von Vorteil.

Aber es gibt auch eine Anti-Flüchtling-Stimmung in Deutschland.

Ja, aber wir müssen dem entgegen treten. Deutschland hat eine besondere Geschichte. Deutschland liegt in der Mitte Europas. Deutschland hat extreme, religiös beeinflusste Konflikte erlebt – zwischen Katholiken und Protestanten, innerhalb der Protestanten. Wir haben den Zivilisationsbruch des

Holocaust erlebt. Aufgrund der Erfahrungen unserer Geschichte haben wir nun endlich eine Verfassung, die jedem frei stellt, woran und ob er glauben möchte, und die sicherstellt, dass niemand wegen seines Glaubens diskriminiert werden darf. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Heute ist unsere zivilisierte, demokratische Welt nicht nur von außen durch islamischen Fundamentalismus gefährdet, sondern auch von innen heraus. Es wäre verheerend, wenn in Deutschland pauschalierend gesagt würde: „die Muslime sind schuld“ und in muslimischen Familien gesagt würde: „die wollen uns hier nicht haben“. Wir sind offen für unterschiedliche Religionen, für unterschiedliche Herkünfte. Der Leitspruch Europas lautet „in Vielfalt geeint“. Die Vielfalt der Nationen und der Kulturen gilt es zu bewahren.

Sie haben im Jahr 2010 erlautert, dass der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre. Ist diese Message immer noch richtig?

Ja. 14 Millionen Muslime leben in Europa, über 3 Millionen Muslime in Deutschland. Sie gehören mit ihrer Religion dazu. In unserem Land stehen Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel nebeneinander. Gläubige verschiedener Religionen, und Humanisten oder Atheisten leben friedlich miteinander und bereichern die Gesellschaft. Wenn das hier nicht funktioniert, wo dann?

Die Grenzziehung darf nicht sein: Christen gegen Muslime, sondern sie muß lauten: Christen und Muslime gegen die Feinde der Freiheit, z. B. gegen fundamentalistische Muslime, die auch den Islam in Misskredit bringen. Wenn hier die AfD sagt: „wir wollen Moscheen beschränken oder verbieten“, könnte sie auch sagen, dann gibt es eben auch keine Kirchen in der islamischen Welt. Es macht Sinn, hier die Muslime anzuerkennen, und in den islamischen Ländern konsequent darauf hinzuwirken, dass Christen anerkannt werden. Das ist meiner Meinung nach das Zukunftskonzept für eine zusammenwachsende Welt.

Die AfD sagt: Islam gehört nicht zu Deutschland und in weiten Teilen Europas gewinnen solche Parteien immer mehr Unterstützung. Wie kann man diese Personen überzeugen?

Jeder muss sich klar positionieren. Unser Land, das ist eine zivilisatorische Errungenschaft, überlässt es den Menschen, ob sie glauben, und was sie glauben. Das ist eine Grundentscheidung. Daran kann man nicht rütteln. Vor 300 Jahren war im Königreich Hannover nur der lutherische Glaube zugelassen. Reformierte protestantische Kirchen durften keinen Kirchturm haben, um die

Mehrheitsgesellschaft nicht zu provozieren. Im Holocaust sind 6 Millionen Juden ermordet worden. Wir haben daraus hoffentlich für immer gelernt. Glauben ist eine Privatsache, und der Staat hat sich da raus zu halten. Das ist im Kern das Ergebnis der Aufklärung.

Und: Demokratie ist eine Pflanze, die gehegt und gepflegt werden muss. Die ältere Generation kann sich noch an den Nationalsozialismus erinnern, hat Unfreiheit erlebt, und weiß die Demokratie besonders zu schätzen. Heute haben viele nur die Demokratie erlebt, und sind sich vielleicht nicht immer ausreichend im Klaren darüber, dass die Demokratie gefährdet sein kann. Europa ist, wenn es sich nicht klar zu den Idealen der Aufklärung bekennt, in Gefahr.

Die globale Sicherheitslage ist zur Zeit schwierig. Was für eine Rolle spielen die terroristischen Angriffe in Paris in Brüssel oder Verbrechen in Köln hinsichtlich der Ängste der Bevölkerung?

Wir erleben Terrorismus von Ottawa bis Sydney, von Afrika bis ins westliche China. Terrorismus ist ein weltweites Problem. Die Europäer müssen die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen - Datenaustausch, Kontrollen – vertiefen. Gleichzeitig müssen wir soziale Konflikte entschärfen. Manche der Attentäter kommen aus gebildeten Kreisen, andere aus Vorstädten, in denen gerade bei jungen Menschen Perspektivlosigkeit herrscht. Über das Internet haben Terroristen weltweite Rekrutierungsmöglichkeiten. Die G7, G20 müssen vorbildlich zusammen arbeiten, um von mehr Anschlägen im Vorfeld zu erfahren und um diese zu verhindern.

Die Terroristen wollen unsere Gesellschaften spalten. Sie wollen uns verängstigen, in Furcht versetzen und zu falschen Entscheidungen treiben. Dem müssen wir uns entgegen stellen, mit viel größerer Konsequenz und Zusammenarbeit.

Viele geben Merkel die Schuld an der Flüchtlingskrise.

Die Behauptung, Frau Merkel wäre ursächlich für die Flüchtlingskrise, ist absurd und böseartig. Ursächlich für die Flüchtlingskrise sind instabile Länder, ungelöste Probleme dort und vor allem kriegerische Auseinandersetzungen. Außerdem gibt es soziale Ursachen – Wachstum der Weltbevölkerung in Afrika, Perspektivlosigkeit.

Daraus aber die Konsequenz zu ziehen, die Grenzen innerhalb Europas wieder zu errichten, würde erhebliche Kosten und einen Einbruch des Wirtschaftswachstums verursachen. Das heutige Europa

mit 500 Millionen Menschen muss sich den gemeinsamen Markt, den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen erhalten, muss dafür aber seine Außengrenzen besser sichern, muss eine neue erfolgreichere Nachbarschaftspolitik zur Türkei und zu Afrika entwickeln – auf gleicher Augenhöhe – und muss mit Russland, den USA und China mehr tun, um den Krieg in Syrien zu beenden.

Wie kann man die Ursachen des europäischen Flüchtlingsproblems vor Ort lösen?

Es gibt Probleme mit Herrschaftsstrukturen und Diktaturen. Die arabische Welt muss sich stärker um die Entwicklung ihrer Länder in der Breite des Mittelstandes und der jungen Generation kümmern. Wenn die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht ernster genommen wird, wenn die wirtschaftliche und gesellschaftliche Öffnung nicht vorangetrieben wird, dann werden diese Länder ihre Probleme nicht in den Griff bekommen. In der islamischen Welt muss es zu einem neuen friedlichen Miteinander im Interesse der dortigen Menschen kommen.

Haben wir – als G7, inklusive Japan - die Lage im arabischen Raum nicht unterschätzt und zu viel Druck im arabischen Frühling ausgeübt?

Ich glaube, dass wir unterschätzt haben, wie schwierig der Weg zur Demokratie ist. Wir haben unterschätzt, dass sich manche gebildete wohlhabende Kreise mit den Regimen arrangiert hatten. Wir haben unterschätzt, dass Jahrzehnte von Diktatur ihren Schaden hinterlassen haben. Alleine die Geschichte Deutschlands hätte uns zeigen müssen, dass es viele Irrungen und Wirrungen auf dem Weg zur Demokratie gibt. Deutschland wurde auf dem Weg zur Demokratie durch Amerikaner, Briten und Franzosen geholfen. Japan wurden manche Entscheidungen von den Amerikanern abgerungen. Am Ende ist es erfolgreich gelungen.

Schauen wir nach Tunesien. Dort gibt es inzwischen demokratische Wahlen, eine neue Verfassung mit der Gleichstellung der Frauen, und der Friedensnobelpreis ging auch nach Tunesien. Unterstützt Europa Tunesien ausreichend? Ich glaube nicht. Europa sollte eine offensive Nachbarschaftspolitik mit Marokko, Tunesien, Algerien entwickeln. Tunesien könnte die Schweiz Afrikas und damit Vorbild für andere Länder Afrikas werden.

Deutschland wollte in der Flüchtlingsfrage eine europäische Lösung, aber viele Länder machen nicht mit.

Deutschlands Rolle in Europa ist nicht einfach. Wir fügen uns ein in die Union, in der 28 Länder, große und kleine, fair auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen. Manchmal hören wir den Vorwurf, Deutschland mache sich klein. Wenn wir aber eine Führungsrolle einnehmen oder klare Kante zeigen, wie beim Euro, dann heißt es schnell „der Hegemon“. Dieses Verhältnis ist eigentlich ein Dauerthema über Jahrhunderte, und Deutschland muss auch selbstkritisch sein.

Wir haben nicht alles richtig gemacht. Beim Thema Euro haben wir nicht so differenziert zu Griechenland gesprochen, wie das angemessen gewesen wäre. Beim Thema Atomausstieg haben wir die Europäer nicht ausreichend mit eingebunden. Und beim Thema Flüchtlinge waren wir auch lange gegen eine Verteilungsquote, als die Flüchtlinge in Griechenland und Italien waren. Insofern müssen wir schon bescheiden bleiben und auch eigene Fehler in der europäischen Politik einräumen.

Wie wird es mit Europa weitergehen?

Für mich ist 2016 ein Schicksalsjahr für Europa. Europa muss sich jetzt positionieren. Zur Terrorbekämpfung, zu Krieg und Frieden außerhalb Europas, in Syrien, zu intensiverer Zusammenarbeit, zu Währungsfragen. Großbritannien muss sich demnächst positionieren. Ich wünsche mir, dass die Briten für den Verbleib stimmen. Aber man muss mit der Abstimmungsmehrheit in der Demokratie umgehen.

Die europäischen Staatschefs müssen sich auch bezüglich der Flüchtlingsfrage entscheiden. Innerhalb von einigen Wochen sind wesentliche Entscheidungen gefallen. Zeitdruck, Handlungsdruck sind also gar nicht schlecht. Wir erleben gerade einen Sturm. So wie ein Gewitter nicht einfach zu überstehen ist, aber danach die Luft klarer, der Horizont weiter ist, sehe ich Europa in diesem Jahr.

Wie sollen die Beziehungen zu anderen schwierigen Partnern, wie z.B. Russland, entwickelt werden?

Die Verkleinerung von G8 zu G7 ist nur darin begründet, dass die KSZE-Beschlüsse von 1990 in Frage gestellt wurden. 1990 nach dem Fall der Mauer haben alle Europäer für die Unverletzlichkeit der

Grenzen gestimmt. Zur Krim könnte ich mir eine international kontrollierte Abstimmung der Bevölkerung, die vor der Krise dort gemeldet war, vorstellen. Dann entscheiden die Bürger, wozu die Krim gehören soll: zu Russland oder zur Ukraine. Eine Abstimmung: geheim, frei, gleich. Das war so auch im Saarland, lange umstritten zwischen Deutschland und Frankreich, ähnlich. Das Saarland-Modell könnte ich mir für die Krim vorstellen.

Im Übrigen sollten wir zu einer Vereinbarung zwischen dem russischen und dem europäischen Wirtschaftsraum kommen. Russland ist das größte Land der Erde. Dieses Russland muss ernst und wichtig genommen werden. Wenn Minsk I und II umgesetzt werden, gäbe es wieder eine Gesprächsgrundlage, an einem Strang zu ziehen. Dann steht die Tür für die Wiederaufnahme zur G8 offen.

Bezüglich Japan gibt es Unterschiede in der Finanzpolitik oder der Energiepolitik und es gab auch Konflikte in den Deutsch-Japanischen Beziehungen.

Wir lernen viel voneinander und wir wertschätzen uns in ganz besonderer Weise. Die Japaner gucken auf Deutschland, wie wir den Atomausstieg bewältigen. Und wir beobachten die Erfahrungen mit expansiver Geldpolitik in Japan.

Es wäre den Schweiß der Edlen wert, wenn japanische und deutsche Unternehmer sich nicht nur als Konkurrenten auf dem Weltmarkt, sondern häufiger als perfekte Partner sehen würden auf einem immer größeren Weltmarkt. Japan und Deutschland bieten für viele Probleme die besten Technologien. Daraus könnte ich mir mehr win-win-Beziehungen vorstellen, z.B. im Klimaschutz, bei Antriebstechniken, Sicherheitstechniken. Ich habe erlebt, wie der Import-Export stark nach oben geht, seitdem das Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und der EU zustande gekommen ist. Beide profitieren hier stark. Ich hoffe, dass die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU-Japan jetzt bald erfolgreich abgeschlossen werden.

In Japan gibt es die Erwartung, dass die Bundesregierung ein zusätzliches Konjunkturpaket auflegen sollte, um die europäische Wirtschaft anzukurbeln. Wie denken Sie darüber?

Wir müssen unsere sozialen Sicherungssysteme weiter reformieren und damit zukunftsfest machen und die Investitionsquote weiter erhöhen. Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur sind extrem wichtig. Bezüglich des Volumens ist das Parlament gefordert.

Es gab in Europa eine grosse Besorgnis gegenüber der Asienpolitik der Abe-Regierung. Wie sehen Sie das?

Der Besuch von MP Abe im Jahr 2015 in Korea hat in Europa das klare Signal gesetzt, dass Japan freundschaftliche Beziehungen zu allen asiatischen Ländern anstrebt. Jetzt ist eine entscheidende Neuausrichtung geschafft. Ich habe viele Gespräche mit meinen japanischen Freunden geführt und finde, dass man sehr zuversichtlich nach vorne schauen kann. Man muss sehen, dass die Wirtschaftskraft Chinas ein guter Grund ist, die Zusammenarbeit aller asiatischen Demokratien zu pflegen und die Zusammenarbeit in ganz Asien zu fördern.

Japan nimmt an vielen Stellen wachsende Verantwortung wahr, sensibel und geschichtsbewusst. So kann Japan eine wichtige Rolle spielen als große Friedens- und Industrienation– auch bei internationalen Vermittlungsbemühungen.

Japan ist Gastgeber des G7-Treffens. Was erwarten Sie?

Die Deutschen sind beeindruckt davon, wie solidarisch sich Japan zum Ukraine-Konflikt verhalten hat. Japan hat eine wachsende Bedeutung. Deswegen freut sich Deutschland, dass die Präsidentschaft der G7 jetzt von Deutschland an Japan übergegangen ist.

Japan und Deutschland sind zwar geographisch weit entfernt, aber sehen sich in ganz vielem ganz nah, was Werte und Wertschätzung angeht. Japan spielt eine große Rolle in Asien. Wir spielen eine große Rolle in Europa. Eine enge Partnerschaft von Japan und Deutschland ist nicht nur zum Vorteil dieser beiden Länder, sondern zum Vorteil der ganzen Welt. Davon bin ich fest überzeugt.

Die Fragen stellte Shogo Akagawa